





Sigmar Gabriel in Leipzig im Dialog mit pax christi. Am 3. März 2017 führen wir die Debatte über Rüstungsexporte beim Kongress mit seinem Parlamentarischen Staatssekretär Rummelsbach weiter.
Seiten 14 und 15.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
„die jüngsten Erfolge der AfD untermauern einen gesellschaftlichen Wandel, der rechtspopulistische und rechtsextreme Ressentiments im öffentlichen Diskurs salonfähig macht. Sozialwissenschaftliche Studien bestätigen seit Jahren die Verbreitung extrem rechter Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft. Neu ist, dass diese infolge des Krisen- und Überlastungsdiskurses um Flucht und Asyl von einer Partei im zweistelligen Prozentbereich in alten und neuen Bundesländern mobilisiert werden können“, so beurteilt der Bundesverband der Mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus die Wahlerfolge der AfD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt im März 2016. Diese pax_zeit nimmt die Radikalisierung in der Mitte der deutschen Gesellschaft in den Blick. Es geht darum, nicht wegzuschauen vor dem Anstieg der Gewalttätigkeit besonders gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte. Welche Anforderungen stellt diese Entwicklung an unser bürgerschaftliches Engagement, an Organisationen wie pax christi? Wichtig ist uns dabei auch die Frage, wieso gerade im katholischen Milieu Zustimmung zu rechten Einstellungen entstehen kann. Zu Wort kommen zu diesem Thema Träger/innen des katholischen Preises gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, Autor/innen aus der von pax christi mitgegründeten Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche & Rechtsextremismus und der Arbeitsgruppe Antirassismus des Forums Menschenrechte und eine Wissenschaftlerin.

Ebenso berichtet dieses Heft vom Katholikentag und aus den Diözesanverbänden und Kommissionen. Die Gestaltung der internationalen Verantwortung Deutschlands stand im Zentrum einer Diskussion auf dem Katholikentag, zu der wir mit dem PCI-Präsidenten Kevin Dowling sogar einen Gast aus Südafrika begrüßen durften. Seinen Appell für die Stärkung gewaltfreien Handelns durch die Kirchen finden Sie im Geistlichen Impuls auf Seite 23. Mit Auszügen aus Redebeiträgen der pax christi-Podien geben wir einen Einblick in den Auftritt der pax christi-Bewegung in Leipzig. Hoffnungswege für den Nahen Osten beschrieb ein sehr gut besuchtes Podium – wir dokumentieren einen der Impulse für „Hoffen, wo keine Hoffnung ist“.

Ich wünsche eine ertragreiche Lektüre und freue mich auf Ihre Rückmeldungen.

Christine Hoffmann

Vernetzt

DIE WAFFEN NIEDER!

Kooperation statt NATO-Konfrontation
Abrüstung statt Sozialabbau



Demo in Berlin
8.10.2016
Auftritt: 12 Uhr
Alexanderplatz
Ecke Otto-Braun-Str.

Kooperation statt NATO-Konfrontation, Abrüstung statt Sozialabbau

Bundesausschuss Friedensratschlag, Kooperation für den Frieden, Berliner Friedenskoordination rufen auf zur bundesweiten Demonstration am 08.10.2016 in Berlin.

Forderungen der Friedensbewegung an die Bundesregierung:

- den Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
- die drastische Reduzierung des Rüstungsetats
- den Stopp der Rüstungsexporte
- die Ächtung von Kampfdrohnen
- keine Beteiligung an NATO-Manövern und Truppenstationierungen entlang der Westgrenze Russlands. Sicherheit in Europa gibt es nur mit und nicht gegen Russland.

Wir sagen Nein zu Atomwaffen, Krieg und Militärinterventionen. Wir fordern ein Ende der Militarisierung der EU. Wir wollen Dialog, weltweite Abrüstung, friedliche zivile Konfliktlösungen und ein auf Ausgleich basierendes System gemeinsamer Sicherheit. Für diese Friedenspolitik setzen wir uns ein.

Mehr Infos auf friedensdemo.org

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeberin pax christi Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de Redaktion Christine Hoffmann (verantw.), Odilo Metzler, Josef Roberg, Markus Weber Titelfoto arbeiterfotografie.com Gesamtherstellung Ute Begemann, Solingen Druck und Versand Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leserbriefen vor.

pax christi-Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin,
Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de

Gedruckt auf Circleoffset Premium White (100% Recycling, FSC-zertifiziert)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 4_2016: 25.10.2016

Dieser Ausgabe liegen Flyer von gewaltfrei handeln e.V. und der Ökumenischen FriedensDekade bei.

Inhalt

Radikalisierung in der Mitte der Gesellschaft

Seite 4

Eskalation der Gewalt

Friedemann Bringt

Seite 6

Rechtspopulistisch und religiös?

Sonja Angelika Strube

Seite 9

Wir müssen reden

Christine Böckmann

Seite 10

Gegen Rassismus aufstehen

Johannes Brandstätter

Aktiv für den Frieden

Seite 12

Für eine Kultur der Aufmerksamkeit

Christine Böckmann im Gespräch mit Maria Faber

Katholikentag

Seite 14

Katholikentag

Seite 16

Verantwortung und Interessen

Corinna Hauswedell

Seite 17

Hoffen, wo keine Hoffnung ist

Tamar Amar-Dahl

Medien

Seite 18

Zur Rolle der deutschen Medien

Markus Weber

Meldungen

Seite 20

Nachrichten aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

Seite 20

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

Seite 21

Meldungen aus den Diözesanverbänden

Markus Weber

Glaube Perspektive

Seite 23

Visionen vom gerechten Frieden

Kevin Dowling



Foto: arbeiterfotografie.com

Politik und Gesellschaft müssen eine klare Abgrenzung zu menschenfeindlichem Denken und Handeln, nicht nur in den Parteiprogrammen von AfD und NPD, ziehen. Das fordern nicht nur Menschenrechtsorganisationen und etablierte Parteien, sondern auch viele junge Menschen in unserem Land.

Lesen Sie mehr zum Thema „Gegen die Radikalisierung in der Mitte der Gesellschaft“ ab Seite 6.

Eskalation der Gewalt

Was passiert und was ist zu tun?

Friedemann Bringt

Wir erleben eine Welle rechter Gewalt in Deutschland, die in der Summe der Straftaten schlimmer ist, als die Gewaltwelle vor ca. zwanzig Jahren, die in den rassistischen Pogromen von Hoyerswerda und Rostock und den Brandanschlägen in Mölln und Solingen gipfelte. Es grenzt an ein Wunder, dass die alltäglichen Angriffe auf geflüchtete Menschen und deren Unterkünfte oder Helfer/innen noch keine Todesopfer forderte, sind doch seit 1990 bereits 178 Todesopfer rechter Gewalt in Deutschland zu beklagen. An der Eskalation der Gewalt ist nicht mehr allein eine organisierte und sich diversifizierende extreme Rechte beteiligt, in der zu der jahrelang tonangebenden NPD neue, noch gewaltaffinere Parteien, wie „Die Rechte“ oder „Der III. Weg“ gekommen sind. Insbesondere eine sich neu konstituierende rechtspopulistische Bewegung in Deutschland, die rassistische mit antidemokratischer Agitation verbindet, befeuert die Gewaltwelle als Stichwortgeberin.

Eine fortlaufende Zählung der Übergriffe auf Geflüchtete für das Jahr 2015 zeigt:

| Gewalttat | Anzahl |
|--|--------|
| Angriffe auf Unterkünfte | 529 |
| davon Brandanschläge | 126 |
| davon sonstige Angriffe auf Unterkünfte (Stein-/Böllerwürfe, Schüsse, rechte Schmierereien etc.) | 403 |
| Tätliche Übergriffe (Körperverletzung) | 150 |
| Körperverletzte | 245 |
| Flüchtlingsfeindliche Kundgebungen und Demonstrationen | 287 |

Die Zahl der Übergriffe steigt auch im Jahr 2016 schnell: Bis zur Jahresmitte wurden bereits weitere 717 Angriffe, darunter 90 Brandanschläge verübt. Seit Mitte 2015 findet durchschnittlich an jedem zweiten Tag ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Geflüchtete statt. Nach Angaben des Innenministeriums NRW haben sich im Jahr 2015 die Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in NRW verachtfacht. Gewalt und Drohungen richten sich auch gegen Unterstützer/innen Geflüchteter: Landrät/innen, Bürgermeister/innen und Haupt- und Ehrenamtliche. Die Aufklärungsquote solcher Delikte ist

allerdings miserabel. Dies könnte daran liegen, dass einen substantiellen Teil der Taten nicht polizeibekannte Neonazis sondern bislang unauffällige Ersttäter/innen begehen.

Die geistigen Brandstifter

Die Zuwanderung Geflüchteter dieser Tage wird in leitenden rechtspopulistischen Medien als „Invasion“, „Umvolkung“ bzw. „Austausch“ (vgl.: Akif Pirincci, Udo Ulfkotte, etc.) verhandelt. Die völkische These dahinter lautet: Die biologische oder kulturelle Substanz des deutschen Volkes sei gefährdet, es werde systematisch eine Masseneinwanderung („Islamisierung“) und ein Austausch der angestammten Deutschen zugunsten zugewanderter Bevölkerungsgruppen herbeigeführt, um das deutsche Volk hilflos internationalen Kapitalinteressen auszuliefern. Mit Bürgerkriegsrhetorik werden Konzepte für Bürgerwehren diskutiert und, wie im Fall der von der Bundesanwaltschaft übernommenen Terrorermittlung gegen eine Bürgerwehr im sächsischen Freital, rassistische oder neonazistische Rollkommandos gegen Migrant/innen und Andersdenkende aktiv. Der Leipziger Polizeipräsident Bernd Merbitz, Leiter des Operativen Abwehrzentrums der Sächsischen Polizei, konstatierte: Es herrsche „eine Pogromstimmung“. Verkäufe von Waffen und der Zulauf zu Jagd- und Schützenvereinen schnellen nach oben. Das auch in Düsseldorf eine Bürgerwehr Streife geht zeigt, dies ist kein Phänomen allein des Ostens der Republik. Wenn auch eine Keimzelle der rassistischen Mobilisierung bei PEGIDA in Sachsen lag, ist mit diversen Parteien am rechten Rand im Verbund mit neurechten Medien daraus eine bundesweite Bewegung erwachsen.

Die Wahlerfolge der rechtspopulistischen AfD können ebenso als deren Ausdruck begriffen werden, wie die Verzehnfachung asylfeindlicher Demonstrationen im Land Brandenburg. Die Rechtspopulisten knüpfen geschickt an Ängste der Bevölkerung an: 57 Prozent meinen, Deutschland habe die Kontrolle über den Flüchtlingszuzug verloren. Jede/r Zweite sieht einen Realitätsverlust in der Politik und ist der Meinung, sie denke zu wenig an die Interessen der deutschen Bevölkerung. Die Zustimmung zur Willkommenskultur sinkt: Freuten sich im Jahr 2014 noch 47,2 Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund über die zunehmende Vielfalt in der Gesellschaft, waren es zwei Jahre später noch 42,6 Prozent.

Was zu tun ist

Kirche und ihre Flüchtlingsprojekte müssen sich darauf vorbereiten, dass ihre Mitarbeitenden und die von ihnen betreu-

ten Geflüchteten noch stärker Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt sein werden. In solchen Situationen ist eine professionelle Begleitung und Beratung essentiell. Der gerade im kirchlichen Milieu bestehenden großen Unkenntnis über professionelle Beratungsangebote, wie Mobile Beratung, Beratung Betroffener rechter Gewalt, muss mit verstärkter Weiterbildung und Vernetzung begegnet werden. Die BAG Kirche und Rechtsextremismus bietet hierzu Workshops an. In der aktuellen Situation bedarf es darüber hinaus deutlicher politischer Signale aus allen Ebenen der Kirche, die Gewalt(-propaganda) und Abschiebungen betroffener Personen ablehnen und schnelle Strafverfolgung fordern. Kirchliche Akteure müssen hierzu noch politischer agieren. Wir sind gewarnt: Nach der Gewaltwelle der frühen 1990er Jahre entstand das rechte Terrornetzwerk NSU. Dazu dürfen wir es in der aktuellen Situation nicht kommen lassen.

Friedemann Bringt (44) ist Sozialpädagoge (MSW) und Projektleiter der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus.

Die auch von pax christi im Jahr 2011 mitgegründete Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus stellt vielfältige Publikationen zum Thema bereit, die Sie auf www.bagkr.de finden. Die BAG K+R engagiert sich auch im bundesweiten Rechercheprojekt NSU Watch, unter anderem mit Arbeitsmaterialien zum NSU-Komplex, z.B. „Ich-will-die-Wahrheit – Über-rassistische-Routinen-und-den-NSU-Terror“.

Rechtspopulistisch und religiös?

Blick auf gefährliche Vernetzungen



© Foto: Christine Böckmann

Erschreckende Schmierereien im Stadtbild – gesehen in Magdeburg

Sonja Angelika Strube

Rechtspopulistische Gruppierungen und Parteien reklamieren nicht nur – unberechtigtweise – für sich, sie vertreten die Werte des „christlichen Abendlandes“, wenn sie etwa gegen Muslime oder Flüchtlinge hetzen. Sie gehen auch bewusst und mit Strategie auf konservative Christ/innen, kirchliche Organisationen und Kirchenvertreter zu, um diese für sich zu vereinnahmen. Im Frühjahr dieses Jahres rief die AfD ihre Mitglieder dazu auf, sich in kirchliche Ämter (z.B. Presbyterium, Kirchenvorstand) wählen zu lassen, mit dem Ziel, ihre Positionen in kirchliche Gremien hineinzutragen und die kirchliche Stimmung für die AfD zum Positiven zu wenden. Im Internet besonders aktiv sind die AfD-Politikerin Beatrix von Storch und ihr Ehemann Sven, die mindestens elf verschiedene Internetseiten mit überwiegend selbst gegründeten Vereinen, Instituten, Zeitungen, Petitionsplattform etc. betreiben. Auch extrem rechte Parteien wie Pro-Köln/Pro-NRW gründeten schon vor Jahren Zirkel mit Namen wie „Christen pro Köln“. Unter harmlos klingenden Namen wie „Besorgte Eltern“ organisieren NPD-nahe Gruppierungen wie die „Bürgerinitiative Ausländerstop“ oder Aktivisten des Arminiusbundes Kundgebungen.

Vermeintlicher „Familienschutz“

Vornehmlich mit zwei Themenbereichen versuchen rechtspopulistische Akteur/innen, möglichst viele (gerade auch bürgerlich-kirchliche) Menschen zu emotionalisieren, Vorbehalte und Ängste zu schüren und diese dann politisch für sich zu nutzen: Zum einen ist es Islamfeindlichkeit, häufig verbunden mit dem Thema „Christenverfolgungen“, zum anderen ist es vermeintlicher „Familienschutz“, der Regenbogenfamilien ebenso wie homo-, trans- und intersexuelle Menschen abwertet; oft damit verbunden ist das Thema „Lebensschutz“.

Neben Andockmanövern von politisch Rechts gibt es auch langjährige Kooperationen bestimmter christlicher Gruppierungen mit rechtspopulistischen Medien und Parteien, die so eng sind, dass dort extrem konservativ-christliches Selbstverständnis und rechtspopulistische politische Einstellungen miteinander verschmelzen. Sie als christlich verstehende, meist private Medien betreiben Positivberichterstattung über Medien der Intellektuellen Neuen Rechten (z. B. „Junge Freiheit“), rechtspopulistische Parteien (AfD, FPÖ) oder gar über die extrem islamfeindliche Szene (Webseite „Politically Incorrect“).



Die Meinungsfreiheit wird zugleich genutzt und bekämpft

Wie weitgehend bestimmte extrem rigide autoritäre Frömmigkeitsstile mit rechtsextremen Einstellungen verschmelzen können, zeigte sich bis Dezember 2012 in besonders krasser Weise auf der anonym betriebenen Internetseite „kreuz.net“, deren unverhohlenen rechtsextreme Hetze und extremer Antisemitismus zum Teil die Straftatbestände der Holocaustleugnung und Volksverhetzung erfüllten.

Was tun gegen Andockmanöver und Vernetzungen?

Beobachtungen wie diese zeigen, dass Christ/innen und Kirchen herausgefordert sind, auf zwei Ebenen gegen Rechtspopulismus vorzugehen. Zum einen gilt es, rechtspopulistische Andockmanöver, rhetorische und manipulative Strategien als solche zu entlarven und sich klar dagegen zu verwehren. Gerade bei Themen, die den Kirchen selbst am Herzen liegen, wie etwa das Eintreten gegen Christenverfolgungen oder für Lebensschutz, ist darauf zu achten, dass man sich nicht – möglicherweise unbemerkt – mit rechtspopulistischen Akteur/innen zusammenschließt oder ihnen das Wort redet. Denn auf diese Weise ließe man sich vor deren politischen Karren spannen, der immer auf eine systematische Einschränkung von Pluralität, Freiheit und Menschenrechten zielt.

Zum anderen müssen sich Christ/innen und Kirchen selbstkritisch fragen, wie es kommen kann, dass bestimmte scheinbar besonders „fromme“ Gläubige zu rechtspopulistischen Einstellungen neigen. Rigidität und das, was Erich Fromm und Theodor W. Adorno als „autoritären Charakter“ beschrieben, dürfen von kirchlicher Seite nicht als Frömmigkeit verkannt werden. Die weiterführende Frage ist: Wie müssen sich kirchliche Verkündigung und Kommunikation verändern, um Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und weitere „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeiten“ (Wilhelm Heitmeyer), z.B. gegenüber Muslim/innen oder homosexuellen Menschen, unter Christ/innen zu reduzieren?

Wie kommt es, dass manche Christ/innen rechtsextreme Einstellungen entwickeln?

Manche Menschen verstehen Glauben nicht als Vertrauen und lebendige Beziehung, sondern als ein starres Für-Fakt-Halten von Sätzen über Gott und die Welt. Für ihr geschlossenes Weltbild beanspruchen sie exklusive Richtigkeit und eine absolute Überlegenheit allen anderen Glaubensvorstellungen gegenüber. Dies beinhaltet bereits eine Abwertung von anderen Glaubens- und Lebensweisen und einen Dualismus, ein Schwarz-Weiß-Denken: Nur die eigene Form der



© Foto: Christine Böckmann

Wer will hier wen kriegen? Genaues Hinschauen ist gefordert.

Religiosität kann unumwunden gut geheißen werden; in allem „Anderen“ wird zumindest etwas graduell Schlechteres gesehen. Von hier aus ist es nur ein kleiner Schritt zu einer Haltung, die alles „Andere“ und alle „Anderen“ grundsätzlich als schlecht und böse ansieht. Wer anders lebt oder glaubt, wird als „Häretiker/in“, „Ungläubige/r“, „Sünder/in“ betrachtet, über die man sich moralisch empört; Berührungängste ebenso wie Vorurteile und feindselige Haltungen wachsen.

Solcherlei „moralische Empörungen“ über Anderslebende und Andersdenkende bieten dann quasi barrierefreie Anschlussmöglichkeiten für menschenfeindliche Einstellungen, die auch Ideologie-Elemente des Rechtsextremismus sind: z.B. für Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus – als „Abwehr“ vermeintlich „falscher“ Glaubensweisen – ebenso wie für Homophobie, Emanzipations- und Frauenfeindlichkeit – als „Abwehr“ vermeintlich „falscher“ Lebensweisen.

Problematisch werden Glaubensüberzeugungen dann, wenn sie verabsolutiert und mit Rigorismus vertreten werden. Aus theologischer Sicht geschieht hier eine folgenschwere Verwechslung: Die eigene Überzeugung, die eigene kleine

menschlich-enge Perspektive wird verwechselt mit der unendlich größeren und für uns immer unergründlichen Perspektive Gottes. Einer solchen Verwechslung, einem solchen „theologischen Totalitarismus“ (Rainer Bucher) entschieden entgegenzutreten, steht Christ/innen und Kirchen gut zu Gesicht.

Dr. Sonja Angelika Strube ist katholische Theologin und arbeitet am Institut für Islamische Theologie der Universität Osnabrück u.a. zum Thema rechte Tendenzen in christlichen Milieus.



Diesen Artikel finden Sie auch im Internet unter paxchristi.de mit weiteren Quellenangaben und Links

Wir müssen reden

Darüber ob und wie wir mit wem reden.

Christine Böckmann

Wir müssen uns deutlich gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit aussprechen. Na klar. Darum sollten wir nicht mit jedem reden.

Nein? Die Gewaltfreiheit mahnt uns doch, alle Menschen zu respektieren. Ja, auch die Würde von Nazis ist unantastbar.

Gleichzeitig gehört zu einer gewaltfreien Haltung die Nicht-zusammenarbeit mit dem Bösen, der Widerstand gegen das Unrecht. Eine Begegnung mit „besorgten Bürgern“, Nazis, Pegidisten etc. braucht beides: Ich achte dich als Mensch und ich widerspreche deiner Positionierung und stoppe deine Menschenverachtung.

Die Achtung der Menschenwürde ist wichtiger als ein Gespräch um jeden Preis. Denn es geht nicht nur um das Gespräch zwischen uns, sondern auch um die Botschaft, die wir damit an alle anderen aussenden. Wer Rassisten auf sein Podium holt, lädt die Opfer und Zielgruppen dieses Rassismus aus. Ist das gewaltfrei?

Welche Botschaft hören Muslime, wenn wir Pegida-Anhänger einladen, einen Dialog über die „Islamisierung“ zu führen? Was sagt das über unsere Haltung zur Religionsfreiheit? Sind Menschen- und Grundrechte verhandelbar, um mit „besorgten Bürgern“ ins Gespräch zu kommen?

Nehmen wir die Ängste und Sorgen derjenigen ernst, die von den „besorgten Bürgern“ bedroht oder ausgegrenzt werden? Gibt es auch politische Dialogveranstaltungen mit denjenigen, die die Hassmails bekommen? Ernstnehmen von Sorgen und Ängsten heißt nicht, sie zu verstärken oder ihre Instrumentalisierung zuzulassen.

Wer mit „besorgten Bürgern“ reden will, sollte der Menschenverachtung keine Bühne bieten, sondern dort den Mund aufmachen, wo Gespräche stattfinden: im eigenen Umfeld, in Vereinen, in Kirchengemeinden, im Internet. In den Sozialen Medien kann man rund um die Uhr über Sorgen, Ängste, angebliche oder tatsächliche Bedrohungen, die politische Lage diskutieren. Dort findet ihr sie alle: „besorgte Bürger“, Nazis, Pegidisten, AfD-Wähler ... Wenn ihr mit ihnen reden wollt, dann geht da rein und diskutiert mit ihnen.

Ach, das ist euch zu unsicher? Dann verlangt bitte nicht von mir, Gespräche mit rassistischen Hetzern zu führen, oder Na-



© Foto: Christine Böckmann

Magdeburger Bürger/innen zeigen langen Atem gegen rechte Gesinnung. Am 17.01.2009 wurde das ehemalige Haus der Lehrer, ein zwölfgeschossiges Hochhaus in der Magdeburger Innenstadt, zum visuellen Sprachrohr: 408 Menschen zeigen ihr Gesicht gegen Nazis.

zis, die mich auf der Straße bedrohen, nach ihren Bedürfnissen zu fragen. Denn das ist mir zu unsicher.

Wir dürfen nie vergessen, auf welcher Basis wir uns für Gewaltfreiheit einsetzen: Die Gleichwertigkeit der Menschen steht auf dem Spiel. Wenn wir nur mit denen reden, die gegen die Gleichwertigkeit Stimmung machen, werden wir scheitern.

Christine Böckmann ist pax christi-Mitglied, Mitarbeiterin der Netzwerkstelle Demokratisches Magdeburg und aktiv in der Bildungsarbeit bei Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. Seit 2011 ist sie Koordinatorin im Bündnis gegen Rechts Magdeburg.

Gegen Rassismus aufstehen

Was heißt das an die eigene Adresse?



© Foto: arbeiterfotografie.com

Von wegen unpolitische Jugend!

Johannes Brandstätter

Die Bundesregierung will Anfang 2017 einen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus, Homophobie und Transphobie (NAP) vorlegen. Erstmals räumt sie dabei der Zivilgesellschaft die Möglichkeit zu einem eigenen Beitrag ein.

Politische Polarisierung in Europa

In einer zunehmend aufgeladenen gesellschaftlichen Stimmung ist das ein Prozess, der Chancen bietet. Nicht nur wegen der rassistischen Angriffe und Gewalttaten gegen Flüchtlingsunterkünfte, gegen Moscheen, Synagogen und für Flüchtlinge engagierte Kirchen und einzelne Personen. Gleichzeitig erleben wir eine politische Polarisierung in vielen Ländern Europas, auch in Deutschland, zwischen demokratiefeindlichen Kräften und liberalen Kräften, die für Vielfalt und Menschenrechte stehen. Die politische Spaltung wird latent von einer mental-kulturellen Spaltung in Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens begleitet. Sie reichen bis in die Familie und Nachbarschaften. Ja, Widersprüche und Zweifel dürften zuweilen sogar in den einzelnen Köpfen anzutreffen sein: Ich helfe den Geflüchteten gerne, aber es wäre auf Dauer doch ganz gut, wenn die Grenzen dicht gemacht werden.

Gerade in dieser Situation müssen Menschenrechtsorganisationen und Zivilgesellschaft, wollen sie ihr Selbstverständnis nicht aufgeben, die Werte der Vielfalt akzentuiert

vertreten und den menschenrechtlichen Schutz vor rassistischer Diskriminierung und Gewalt verteidigen und ausbauen helfen. Das in einer politischen Agenda auszudrücken, bietet der Prozess des NAP eine Gelegenheit. Der NAP muss Maßnahmen aufzeigen, wie der Rechtsstaat wirksam und konsequent gegen rassistische Gewalt vorgeht. Rassistische Tatmotivation muss konsequent von den polizeilichen Ermittlungen bis zur Beweisaufnahme vor Gericht berücksichtigt werden. Es bedarf der Weiterentwicklung des gesetzlichen Diskriminierungsschutzes mit Verbandsklagerecht, und eines dichteren Netzes von Beschwerdestellen. Sondergesetze müssen überprüft werden. Genügt das Ausländer- und Ausländersozialrecht menschenrechtlichen Standards? Und an die bildungspolitisch Verantwortlichen gerichtet: Wie ist das Versprechen des Aufstiegs durch Bildung einzulösen, wenn strukturelle Diskriminierung so oft unerkannt bleibt?

Klare Abgrenzung

Selbstverständlich bedarf es in Politik und Gesellschaft der klaren Abgrenzung von menschenfeindlichem Denken und Handeln etwa durch gesellschaftliche Ächtung und Unvereinbarkeitsbeschlüsse (keine Neonazis in kirchliche Ämter). Leider haben solche Abgrenzungen oft doppelten Boden. So sind sich die etablierten Parteien zwar einig, Trennlinien zu AfD und NPD zu ziehen, andererseits übernehmen sie einen Teil der AfD-Forderungen in ihr eigenes politisches Portfolio. Eine solche Strategie bestätigt, ohne dass man es merkt, ras-



Aber welche Welt übergeben wir der jungen Generation?

sistische Ressentiments und ist auf die Dauer weder tragfähig noch sachgerecht.

Eine Abgrenzungsstrategie muss ihre Akteure glaubwürdig aussehen lassen, sonst gibt sie der Kritik von Rechts neue Nahrung. Es gilt daher gleichzeitig, die Spaltungen im eigenen Denken und Handeln zu erkennen und zu überwinden. Die Figur „Wir und die Andern“ in Bezug auf rassistische Ausgrenzung muss überwunden werden, darf aber nicht einfach durch „Wir (die Guten) und die Andern (Wähler brauner und blauer Parteien)“ ersetzt werden. Auf gesellschaftliche Organisationen bezogen heißt das zum Beispiel, auf eine inklusive, rassistikus-sensible Sprache zu achten, Konzepte der Organisationsentwicklung grundsätzlich inklusiv zu gestalten und Maßnahmen für rassistikuskritische Bildung anzulegen.

Die Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Bildungseinrichtungen, Medien und freiwillig für Geflüchtete Engagierte sind Teil eines Systems, ob sie wollen oder nicht. Ihr Handeln und ihr Unterlassen wirken sich auf den gesellschaftlichen Diskurs, auf Deutungshoheiten und gesellschaftliche Vormachtstellungen und auf das aus, was Angehörige des Gemeinwesens konkret als rassistisch diskriminierend erfahren.

Macht teilen und Macht abgeben

Wir leben seit Jahrzehnten in einer Einwanderungsgesellschaft, die schon mehrere Generationen von hier geborenen

„neuen Deutschen“ hervorgebracht hat. Immer drängender stellt sich die Frage von Empowerment der in dieser Gesellschaft Benachteiligten. Empowerment bedeutet Stärkung, Ermächtigung. Für die Privilegierten einschließlich der zivilgesellschaftlichen Organisationen heißt das: Macht teilen und Macht abgeben. Zum einen benötigen Organisationen und Netzwerke, die rassistisch Diskriminierte vertreten, Ressourcen und sichtbare Anerkennung. Zum anderen, und diese Baustelle ist wohl viel größer, besteht die Herausforderung an die etablierten Einrichtungen, sich zu öffnen. Das wirkt sich aus auf ihre Personalgewinnungsstrategien, auf die Besetzung von Gremien usw.

Macht zu teilen muss nicht Verlust bedeuten. Denn gemeinsam sind wir stärker. An den Schulen und Hochschulen haben sich Menschen aus eingewanderten Familien beruflich und akademisch aus- und fortgebildet, die den überwiegend von weißen Personen dominierten Einrichtungen bestens helfen können, die neue gesellschaftliche Wirklichkeit der Vielfalt abzubilden. Schon die amerikanische Bürgerrechtsbewegung hat in diesem Sinne Diversity-Konzepte propagiert.

Johannes Brandstätter ist Referent mit dem Arbeitsfeld Migrationspolitische Grundsatzfragen/Zentrum Migration und Soziales beim Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung und Sprecher der AG Antirassismus des Forums Menschenrechte.

Für eine Kultur der Aufmerksamkeit

Christine Böckmann im Gespräch mit Maria Faber



Foto: privat



Foto: istockphoto.com/AlizadaStudios

Christine Böckmann im Gespräch mit Maria Faber

Aktiv für den Frieden ist die Rubrik, die Menschen vorstellt, die sich in besonderer Weise für den Frieden engagieren. Diesmal präsentiert die pax_zeit ein Gespräch zwischen zwei Frauen, aus der Ökumenischen Initiative „hingucken... denken... einmischen“, die mit einem 2. Preis beim Katholischen Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geehrt wurde.

Seit wann beschäftigt sich das Bistum Magdeburg mit dem Thema Rechtsextremismus?

Das Thema ist immer schon mal aufgetaucht, so z.B. nach den „Himmelfahrtskrawallen“ 1992 in Magdeburg, sehr prominent dann im Sommer 2007, als im Hundertwasserhaus in Magdeburg – damals im Besitz des Bistums – ein Ladenlokal an die Kleidungsmarke „Thor Steinar“ vermietet wurde. Da bildete sich schnell Protest gegen die Vermietung und da haben wir dann ja auch die Ökumenische Initiative „hingucken... denken... einmischen“ gegründet.

Wie fing das an?

Eine Kollegin im Ordinariat und ich haben sofort nach Bekanntwerden der Vermietung für den Abend zu einem privaten Treffen Menschen angesprochen. Alle waren wir

aufeinander gespannt, da nicht klar war, wer sich ebenso herausgefordert fühlt. Bereits an diesem Abend gründeten wir unsere Initiative.

Wie ist insgesamt im Bistum die Aufmerksamkeit für das Thema Rechtsextremismus?

In der Leitung des Bistums besteht eine hohe Aufmerksamkeit, ebenso in den Einrichtungen und Kirchengemeinden und bei Kolleg/innen. Seit 2010 besteht die Bischöfliche Fachkommission „Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung“, die sich von Anfang an des Themas angenommen hat. Die Fachkommission wurde relativ schnell Mitglied der BAG K+R und gehört zu den ersten katholischen Organisationen dort.

Ist das auch ein Vorteil der Diasporasituation – dass Menschen gezwungen sind zusammenzuarbeiten?

Eine Ehrenamtliche aus der kfd eines westlichen Bistums meinte neulich, dass wir es hier leichter hätten, weil wir „keinen großen Kirchentanker“ steuern. Unser Schiff sei kleiner, somit wendiger und schneller. Um in Bewegung zu kommen und Entscheidungen zu treffen, müssten wir nicht so große Versammlungen einberufen, es gäbe weniger Strukturen zu beachten. Dem stimme ich voll zu: Manche Strukturen und Funktionen gibt es hier im Bistum gar nicht. Aber es gibt

Nähere Infos im Internet:

Ökumenische Initiative

„hingucken... denken... einmischen“:
www.hingucken-denken-einmischen.de

Katholischer Preis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

www.dbk.de/katholischer-preis-gegen-fremdenfeindlichkeit-und-rassismus/home/

engagierte Ehrenamtliche und Hauptberufliche, die sich schnell vernetzen können. Ein Beispiel für solches Arbeiten ist der Gründungsabend unserer Initiative.

Das könnte erklären, warum kleine Initiativen relativ viel bewegen. Da betreibt man dann z.B. plötzlich als Ehrenamtliche, die kaum jemand kennt, für das Bistum einen Infoladen zum Protest gegen Thor Steinar. Auch der Bischof musste ja nicht erst überzeugt werden.

Nein. Als wir 2007 unsere Initiative gegründet haben, konnten wir uns auf das gerade erschienene Gemeinsame Wort der Bischöfe in Sachsen-Anhalt beziehen, die zum Jahrestag der Verbrennung des Tagebuches der Anne Frank eine „Kultur der Aufmerksamkeit“ gefordert hatten. Letztendlich hat der Bischof die Kündigung des Geschäftes im Hundertwasserhaus sowie personelle Veränderungen durchgesetzt. Ja, und es ist dann so, dass Du als Ehrenamtliche plötzlich der Bistumsleitung bekannt bist und anerkannt wirst, weil Du fehlende Kenntnisse einbringst. Ich bin mir auch sicher, dass unsere Initiative das Beste war, was der Bistumsleitung in dieser Situation geschehen konnte.

Warum ist das Bistum da so offen?

Es besteht Handlungsdruck. Seit Jahren sind Übergriffe auf

Menschen, die als „fremd“ definiert werden, erschütternde Realität, haben wir in der Stadt regelmäßig rechte Aufmärsche. Da beteiligen sich Christ/innen selbstverständlich an den Gegenprotesten, z.B. mit einer Gedenkstunde für die Todesopfer rechter Gewalt. Außerdem haben wir seit Januar 2014 ein Gebet und einen Aufruf mit dem Bistumslogo „Für eine Kultur der Aufmerksamkeit – gegen Rechtsextremismus“. Spätestens seit der Landtagswahl 2016 ist allen klar, dass es nicht um einen braunen Rand geht, sondern dass die Auseinandersetzung um Menschenrechte, Religionsfreiheit, Demokratie, Lebensformen und Vielfalt in Gemeinden und Familien zu Brüchen führt.

Aus meiner Sicht wirkt dieses Engagement des Bistums für ein menschenwürdiges Zusammenleben fast wie ein Querschnittsthema: Wir Katholik/innen wollen in der Gesellschaft wirksam sein und uns in bestimmten Themenfeldern engagieren.

Ja, das stimmt. Im Nachklang zum Pastoralen Zukunftsgespräch sind vor einiger Zeit sog. „Zukunftsbilder“ formuliert worden, und auch da ist das Leben in der Nachbarschaft ein wichtiges Thema: Wer lebt mit mir auf dieser Welt, in meinem Viertel, welche Herausforderungen gibt es da? Aktuell gibt es so z.B. in Kooperation mit dem Landesnetzwerk der Migrant*innenorganisationen den stark nachgefragten Kurs „Flüchtlingsseelsorge“.

Was würdest du Menschen aus anderen Bistümern empfehlen, die zum Thema Rechtsextremismus aktiv werden wollen?

Es geht nicht ohne Verbündete. Nicht sofort neue Strukturen schaffen, sondern die bestehenden nutzen, sich dort einbringen.

Maria Faber ist Mitarbeiterin im Ordinariat Magdeburg im Bereich Pastoral in den Herausforderungen von Kirche, Gesellschaft und der Einen Welt und ist – wie Christine Böckmann – von Anfang an Mitglied der Ökumenischen Initiative „hingucken... denken... einmischen“, die sich gegen Rechtsextremismus engagiert.



Diesen Artikel finden Sie auch im Internet unter paxchristi.de mit weiteren Quellenangaben und Links.

Katholikentag

Die Friedensstimme der pax christi-Bewegung war beim 100. Katholikentag in Leipzig ausgesprochen präsent



55 Beispiele für Gewaltfreiheit aus hundert Jahren. Die Ausstellung am pax christi-Stand erzählte andere Geschichten. Geschichten, die ermutigen, Konflikte kreativ und gewaltfrei anzugehen. Geschichten des Gelingens. Mit pax christi-Präsident Bischof Algermissen, Regisseur Daniel Harrich und anderen wurden sie diskutiert.

Zahlreiche pax christi-Mitglieder konfrontierten Wirtschaftsminister Siegmund Gabriel bei einer Rüstungsexport-Demonstration mit den Folgen des ungebremsten Waffenexports und der Bundeswirtschaftsminister ließ sich auf ein Gespräch ein.

Elena Rothers berichtete von ihren Erfahrungen im Kinderheim „Our kids“ in Kiew, wo sie mit pax christi ihr Freiwilliges Jahr für den Frieden leistete.





Der Co-Präsident von Pax Christi International, Bischof Kevin Dowling, richtete beim Podium „Verantwortung und Interessen. Deutsche Außenpolitik angesichts internationaler Herausforderungen“ einen klaren Auftrag an die Zuhörer/innen und die Kirche: Wir müssen den Weg der Gewaltfreiheit gehen, Lösungen für Konflikte jenseits von militärischen Lösungen suchen. Auszüge aus dem Impulsreferat von Corinna Hauswedell zum selben Thema finden Sie auf Seite 16.

Beim Nahost-Podium „Hoffen, wo keine Hoffnung ist“ beschrieb der Patriarch von Jerusalem Fouad Twal aus erster Hand die verfahrenere Situation im Heiligen Land: „Deutschland hat eine schwere historische Schuld am jüdischen Volk. Es hat auch eine schwere indirekte Schuld am palästinensischen Volk, auf dessen Land Israel nach dem Holocaust errichtet wurde. Als die deutsche Kanzlerin im vergangenen Februar Herrn Netanyahu sagte, ‚Jetzt ist nicht die Zeit für einen umfassenden Fortschritt in der Zweistaatenlösung‘, sagte sie damit, dass die Palästinenser weiter unter der Tyrannei der Besatzung leben müssen. Damit drückt sich Deutschland vor seiner Verantwortung für eine Lösung des Konflikts. Ich frage, wann ist die Zeit, die Besatzung zu beenden, die auf ihren 50. Jahrestag zugeht?

Jetzt ist die Zeit, dass Europa den Staat Palästina anerkennt in den Grenzen von 1967; das nimmt Israel nichts weg, das Israel gehört.

Eines Tages, im Jahr 2002 hatten wir einen schönen Traum, die arabische Friedensinitiative, die Israel ablehnte: sie wollte die Besatzung beenden, zu den 1967er Grenzen zurückgehen und gegenseitige politische, kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen mit den 56 arabischen muslimischen Ländern schaffen. Dieser Traum ist noch gültig ... und es ist noch ein Traum.“



Auf der Kundgebung zur Demonstration „Demokratie statt Konzernmacht – Nein zu TTIP/ CETA/ TISA“ zu der pax christi mit aufgerufen hatte, brachte Martin Herndlhofer aus der pax christi-Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“ es auf den Punkt: „TTIP – das ist im Kern die Frage: Was kostet die Welt im Schlussverkauf und wer bleibt auf der Strecke.“

Verantwortung und Interessen

Deutsche Außenpolitik angesichts internationaler Herausforderungen



Großes Friedenspodium in Leipzig

Corinna Hauswedell

Die Debatte über eine größere deutsche Verantwortung in der internationalen Politik begann auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2014 – damals vorwiegend militärisch konnotiert – und mündete in einem öffentlichen Review-Prozess des Auswärtigen Amtes unter dem Motto „Außenpolitik neu denken“. In seiner Rede auf dem Jahreskolloquium der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung (AFK) im März 2015 betonte Frank-Walter Steinmeier, das Militär bleibe „die Gretchenfrage“ in der Wahrnehmung außenpolitischer Verantwortung. In der Tat: Erstmals hatte Deutschland im September 2014 Waffen an eine Konfliktpartei in einem Kriegsgebiet geliefert, an die kurdischen Peschmerga im Nordirak; bald darauf folgten Ausbildungshilfen der Bundeswehr für die kurdischen und irakischen Streitkräfte.

Fatale Sicherheitslogik

Als die Kanzlerin im September 2015 angesichts tausender Kriegsflüchtlinge an europäischen Grenzen ihr „Wir schaffen das“ in die Welt setzte und damit nach außen und innen Verantwortungsübernahme und Schutzangebot signalisierte, glaubte man für einen Moment, eine Alternative zu der fatalen Sicherheitslogik zu erkennen, die seit dem ‚war on terror‘ vor allem militärische Mittel gegen sehr unterschiedlichen Krisen eingesetzt und mit diesen verfehlten Interventionen des Westens zu den Fluchtursachen beigetragen hatte. Dass dies höchstens halbherzig gemeint war, wurde spätestens im Dezember 2015 deutlich, seit die Bundeswehr mit Soldaten und Kampfflugzeugen eine Koalition der Willigen gegen den IS in Syrien unterstützt – eine ethisch fragwürdige, völkerrechtlich umstrittene und politisch mehr als unkluge, im Schnellgang durch den Bundestag gebrachte Entscheidung. Nach den bitteren Erfahrungen in Afghanistan eigentlich nicht zu verstehen: Noch immer steht eine seriöse und unabhängige Evaluierung der militärischen (und zivilen) Interventionen der letzten Jahre, die uns als „ver-

netzte Sicherheit“ verkauft wurden, aus. Daher meine These: Wenn deutsche Außenpolitik mittelfristig in den Kriegs- und Krisenszenarien des Nahen und Mittleren Osten oder Nordafrikas mehr Verantwortung als vertrauensbildende Vermittlerin übernehmen will, ist eine militärische Beteiligung als Kriegspartei kontraproduktiv. In der Ukraine-Krise schien man dieser Logik zunächst nicht abgeneigt, als eine klare Priorität für die Verhandlung des Minsker Abkommens getroffen wurde – damals gegen die Annexion der Krim, aber auch gegen die Waffenlieferungspropaganda aus dem Weißen Haus. Inzwischen scheint man mit einem weiteren Heranrücken der NATO an die russischen Grenzen, erhöhte Bundeswehrpräsenz inklusive, die besagte Trendwende zu vollziehen. Das neue Weißbuch wird voraussichtlich für eine entsprechende strategische Unterfütterung sorgen.

Grundlegender stellt sich deshalb die Frage: Kann der Begriff der Verantwortung tatsächlich in gleicher Weise gelten für eine militärisch gestützte Außenpolitik wie für eine zivile, an humanitären Zielen ausgerichtete Politik? Oder schließt sich beides in der Konsequenz aus?

Die Fluchtproblematik zwingt dazu außen-, sicherheits-, außenwirtschafts- und entwicklungspolitische Instrumente zu überdenken und neu zu justieren. Die schön klingende „vernetzte Sicherheit“ mit dem Militär als zeitweiligem Entwicklungshelfer hat sich als Bumerang erwiesen. Dagegen stellen die langfristigen Ziele nachhaltiger Entwicklung – Sustainable Development Goals, SDGs – im Rahmen der UN-Agenda 2030 mehr als eine entwicklungspolitische Spielwiese dar – sie gehören nach oben auf eine außenpolitische Agenda, die sich zivile Krisenprävention zum Leitbild machen möchte.

Unter die SDGs wurde nach längerem Streit auch ein explizit friedenspolitischer Zielkatalog aufgenommen: Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16). Menschliche Sicherheit darf nicht gegen Frieden ausgespielt werden, sie kann – das zeigt die Geschichte aller Gewaltkonflikte – nicht gegeneinander sondern nur im Miteinander eines Interessenausgleichs erreicht werden.

Corinna Hauswedell leitet Conflict Analysis and Dialogue (CoAD) in Bonn und ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsstätte der Ev. Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg.

Hoffen, wo keine Hoffnung ist

Das Heilige Land nach dem Scheitern des Friedensprozesses

Tamar Amar-Dahl

Wo findet man die Hoffnung auf die Beilegung des Konflikts in Israel/Palästina? Vieles spricht für eine pessimistische Einschätzung der Lage: Seit Herbst 2015 ist eine neue Welle der Gewalt ausgebrochen. Israelis und Palästinenser erleben eine heikle Phase ihrer Beziehungen. Palästinenser erheben sich gegen die Besatzungsmacht Israel. Eine neue Intifada befürchtet man, deren Ausgang bleibt unbekannt.

Die Fronten verhärten sich umso mehr, je heftiger Gewalt, Terror und Willkür den Alltag bestimmen. Eine Verständigung zwischen den zwei Völkern rückt immer weiter in die Ferne, je verfestigter die politische Perspektivlosigkeit im Heiligen Land ist. Dies ist ein Resultat der israelischen Besatzung der palästinensischen Gebiete: 2017 wird die Besatzungsordnung nun seit 50 Jahren bestehen. Und ein Ende scheint noch immer nicht in Sicht, und zwar trotz all der verheerenden Konsequenzen für beide Gesellschaften.

Ist Okkupation unauflösbar?

In diese epochale Besatzung wachsen mittlerweile die dritte und auch die vierte Generation von Palästinensern hinein. Sie sehen sich mit einer politischen Realität konfrontiert, die von Mauern, Checkpoints, Restriktionen, Enteignungen und ebenso endlosen Demütigungen beherrscht ist. Die politische Ordnung der Okkupation scheint dabei unentrinnbar. Und doch stellt sich die Frage: Ist die Okkupation tatsächlich unauflösbar? Ist die Hoffnung auf eine Völkerverständigung zwischen Juden und Palästinensern im Heiligen Land so trügerisch, wie sie aus heutiger Sicht erscheint?

Eine Aussicht für die Menschen in Israel/Palästina liegt meiner Meinung nach in einem revidierten Verständnis des Konflikts der jeweiligen Konfliktpartei – im Sinne einer gemeinsamen Konfliktgeschichte. Ein auf Völkerverständigung, mithin Konfliktlösung orientierter Ansatz muss die Geschichte des Streits zwischen den zwei Völkern im Heiligen Land seit 1948 berücksichtigen. Notwendig ist ein grundlegend verändertes, neues Konfliktverständnis.

Israel müsste erstens bereit sein, den Streit als territoriale Frage, also die Palästinafrage überhaupt als Problem anzuerkennen, um sodann über territoriale Lösungen entsprechend verhandeln zu können. Zweitens läge es im Interesse des Zionismus und seines ursprünglichen Ziels der Normalisierung, wenn sich Israel von seinem über die Jahrzehnte hinweg gepflegten Konfliktverständnis lösen würde, das auf



Foto: 123rf.com/get4net

der Annahme beruht, der palästinensische Aufstand sei antisemitisch motiviert. Eine derartig fatalistische Auffassung des Streits zwischen den zwei Völkern bedeutet ein immerwährendes „Leben mit dem Schwert“. Längerfristig wäre es fatal für den Zionismus.

Politisierung des Konflikts

Die Palästinenser – auch als unumstrittene Leidtragende des zionistischen Israels – müssten ihrerseits lernen, mit einem jüdischen Staat an ihrer Seite zu leben. Sie werden einsehen müssen, dass Israel auf einer jahrhundertalten jüdischen Leidensgeschichte gründet und dass auch der Zionismus eine Befreiungsbewegung war.

Schließlich war das zionistische Jahrhundert das Resultat der größten jüdischen Katastrophe aller Zeiten. Auch die internationale Gemeinschaft hat diesbezüglich ihrer Pflicht für die Menschen im Heiligen Land nachzukommen; Deutschland als einflussreicher Staat in Europa soll seine devote Unterstützung weiterhin gewährleisten. Doch nicht ohne darauf zu insistieren, dass sich beide Parteien ernsthaft und politisch mit ihrer gemeinsamen Konfliktgeschichte auseinandersetzen – mit dem Ziel der Aufhebung der Okkupationsordnung. Europa hat die Macht, Israel unter Druck zu setzen, damit der Durchbruch zu einem nachhaltigen Verhandlungsmodus gelingen kann.

Eine Hoffnung auf eine Verständigung im Heiligen Land liegt also in der Politisierung des Konflikts. Israelis und Palästinenser müssen wieder an einen politischen Prozess zur Beilegung des territorialen Streits um Palästina glauben, damit der Frieden auch eine Chance hat.

Tamar Amar-Dahl ist israelisch-deutsche Historikerin, assoziierte Wissenschaftlerin am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und hielt dieses Statement beim Nahostpodium auf dem 100. Deutschen Katholikentag in Leipzig.

Zur Rolle der deutschen Medien

In Deutschland muss wieder eine politische Debatte in Gang kommen



Foto: t321f.com/agg

Albrecht Müller betreibt die medienkritische Plattform „Nachdenkseiten.de“. pax_zeit-Redakteur Markus Weber hat ihn in Freiburg getroffen.

„Meinungsmache bestimmt unser Leben“ lautet eine Ihrer Thesen. Wie verstehen Sie das?

Meine Beobachtung ist, dass keine große politische Entscheidung in Deutschland getroffen worden ist, ohne dass im Vorfeld die Meinung in diesem Sinne, wie dann die Entscheidung schließlich getroffen wurde, gemacht worden ist. Eines der gravierendsten Beispiele ist die Veränderung der Altersvorsorge. Da wurde eine große Kampagne zum angeblich großen demographischen Wandel begonnen, der dazu führe, dass der Generationenvertrag nicht mehr trage. Dann wurden die Riester- und die Rürup-Rente begonnen und es wurden staatliche Gelder herbeigeschafft, um die private Vorsorge zu subventionieren. Gleichzeitig wurde die Leistungsfähigkeit der gesetzlichen Rente heruntergefahren.

Wie geschieht diese Meinungsmache konkret bzw. welche Rolle spielen die Medien dabei?

Beim Beispiel Altersvorsorge ist vom SPIEGEL über die BILD-Zeitung bis hin zu vielen anderen Medien wie ARD oder ZDF überall das „demographische Problem“ zu einem großen Thema gemacht worden. Das ZDF hat zum Beispiel eine ganze Themenwoche darüber gemacht, der SPIEGEL hat auf einem seiner Titel ein Baby als „Der letzte Deutsche“ abge-

druckt. Das sind nur ein paar wenige Beispiele einer ganzen Serie von richtiggehenden Kampagnen, die in Deutschland gemacht wurden, um die Menschen weich zu klopfen.

Resultiert daraus – zumindest gegenüber den so genannten Leitmedien – eine gewisse Medienverdrossenheit in der Bevölkerung?

Ja, ich glaube schon; weil die Leute zum Beispiel bei der Riester-Rente jetzt merken, was für ein Flop das geworden ist. Dafür haben sie Geld einbezahlt und bekommen nun weniger, als wenn sie es in die gesetzliche Rente einbezahlt hätten. Die Leute verstehen langsam, was hier abgeht: nämlich, dass Kampagnen gefahren werden. Anderes Beispiel: Zurzeit findet ja eine richtiggehende Kriegshetze statt. Die Leute merken das, denn sie haben in der Mehrheit immer noch den Wunsch, in Frieden zu leben, und nicht das Geld, das wir haben, für Militär auszugeben. Der Grundsatz „Nie wieder Krieg“ war nicht nur 1945 üblich, sondern für den gab es bis vor vielleicht 10 Jahren in Deutschland immer noch eine Mehrheit. Wahrscheinlich gibt es diese Mehrheit ja sogar bis heute.

Werden Ihrer Analyse zufolge die Leitmedien in Deutschland ihrer Rolle als „Vierter Gewalt“ in der Demokratie überhaupt noch gerecht?

Bei meinen Untersuchungen habe ich herausgefunden, dass die Fähigkeit, Meinung zu machen, sehr davon abhängt, ob

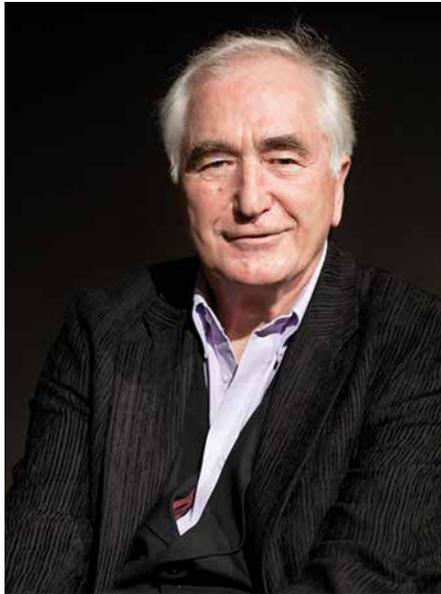


Foto: privat

Albrecht Müller (Jg. 1938) ist Volkswirt, Publizist und Politiker (SPD). Müller war Planungschef im Bundeskanzleramt unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt. Weiter war er von 1987 bis 1994 für die SPD Mitglied des Deutschen Bundestages und ist seit 2003 als Autor und Mitherausgeber, seit November 2015 als alleiniger Herausgeber der NachDenkSeiten tätig.

man Geld und ob man publizistische Kraft oder Macht hat. Frau Springer hat mehr publizistische Macht als ich und Frau Mohn von Bertelsmann hat auch mehr publizistische Macht als Sie. Und mehr als der Arbeiter in der Frühschicht von Daimler-Benz sowieso. Dies führt jetzt allerdings dazu, dass die Menschen mit viel Geld auch noch die Meinung machen und damit die politischen Entscheidungen bestimmen. Das hat dann natürlich mit Demokratie nichts mehr zu tun.

Aber Medien werben doch damit, dass sie die vielfältigen Informationen so aufbereiten, dass sich die Adressaten oder Rezipienten eine eigenständige Meinung bilden können.

Als zum Beispiel die Finanzkrise kam, hatten sich Kanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück mit den Chefredakteuren getroffen und haben diese dazu bekommen, dass sie auch die These mit vertreten, dass wir jede Bank retten müssen. Da hat man dann den Begriff „systemrelevant“ eingeführt: Jede Bank ist „systemrelevant“. Dadurch haben wir als Steuerzahler/innen dann Leute gerettet, mit denen wir überhaupt nichts zu tun haben.

An welcher Stelle im Verhältnis zwischen Medien und Öffentlichkeit stehen wir aktuell?

Ich nehme schon ein gewisses Rumoren in der Bevölkerung wahr. Auch die öffentlich-rechtlichen Sender haben gemerkt, dass Menschen aktiv werden, indem sie sich beispielsweise in den Foren zu Wort melden, die dann manchmal vor lauter

Kritik und Unmut, die darin geäußert werden, geschlossen werden. Wenn man heute eine Umfrage machen würde, würde wahrscheinlich dabei rauskommen, dass viele Menschen nicht mehr glauben, was in den Medien steht. Selbstverständlich gibt es auch sehr gute, aufklärerische Beiträge und Medien. Andererseits werden aber halt auch klar Kampagnen von Medien gefahren. Aktuell etwa wenn es darum geht, den russischen Präsidenten Putin zum Leibhaftigen zu erklären.

Wie kommen wir aus diesem Dilemma heraus?

Also ich finde es sehr, sehr wichtig, dass ein Bürger dem anderen Bürger sagt, wo er betrogen wird durch derartige Fehlinformationen und durch Meinungsmache. Meine Erfahrung ist, dass Menschen es durchaus begrüßen, wenn man ihnen aufzeigt, wo sie manipuliert werden. Weil sie dann nämlich lernen, hinter die Kulissen zu gucken und mit solchen Manipulationen umzugehen. Unser Hauptanliegen dabei ist, dass in Deutschland wieder eine inhaltliche Debatte in Gang kommt. Doch politische Bildung, Aufklärung und Zusammenarbeit etwa über Parteigrenzen hinweg sind für eine Demokratie immens wichtig.



www.nachdenkseiten.de

Notizen aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

In den letzten Monaten haben zahlreiche Aktivitäten die Arbeit des Bundesvorstandes bestimmt.

Katholikentag in Leipzig

pax christi setzte mit zwei großen Podien und weiteren Workshops sowie der Ausstellung „Frieden geht anders“ deutliche politische Akzente auf dem Katholikentag in Leipzig. Auf der Kirchenmeile informierte der pax christi-Stand über 55 internationale Beispiele gelungener gewaltfreier Konfliktbearbeitungen aus den vergangenen hundert Jahren. Mehr dazu auf den Seiten 14–16.

Erster Weltkrieg

Die Bundesvorsitzende Wiltrud Rösch-Metzler hat auf Einladung von Frankreichs Präsident François Hollande und Bundeskanzlerin Angela Merkel an den Gedenkfeierlichkeiten in Verdun teilgenommen und dort pax christi repräsentiert.

Bundesvorstand und Kommissionen

Im Juni traf sich der Bundesvorstand mit den Sprecher/innen der pax christi-Kommissionen zum Austausch.

Erklärung zum 75. Jahrestag des Angriffs Deutschlands auf die Sowjetunion

Der Bundesvorstand nahm den Jahrestag zum Anlass, an den grausamen Krieg der Deutschen gegen die Staaten des Ostens zu erinnern. Die Erklärung schlägt den Bogen zur angespannten politischen Beziehung zu Russland: „Europa – das selbst auch in einer Krise steckt, braucht aus seinem Interesse heraus Russland als Partner und nicht als Gegner – wohl wissend, dass Russland ein Partner mit eigenen Interessen ist.“

Pax Christi International

Wiltrud Rösch-Metzler ist turnusgemäß aus dem internationalen Vorstand von PCI ausgeschieden. Nun vertritt Norbert Richter bei PCI die deutsche Sektion. Auf der PCI-Jahresversammlung Ende Juni wurden auch Marie Dennis aus den USA und der Bischof der Diözese Rustenburg in Südafrika Kevin Dowling als Co-Präsidenten wiedergewählt.

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

HeidelbergCement in Besatzungsökonomie verwickelt

Die Nahostkommission, die Kritischen Aktionär/innen und pax christi Baden-Württemberg forderten am 3. Mai von HeidelbergCement, sich von der Tochterfirma Hanson Israel zu trennen, die im von Israel besetzten palästinensischen Westjordanland tätig ist. Kommissionssprecher Manfred Budzinski begründete damit auf der Hauptversammlung der HeidelbergCement AG den Antrag, dem Vorstand die Entlastung zu verweigern wegen Nichteinhaltung des Völkerrechts.

Allianz in der Kritik

Auf der Allianz-Hauptversammlung sprach sich Michael Nann, Mitglied der pax christi-Nahostkommission, am 4. Mai gegen die Entlastung des Vorstandes aus. Die Allianz hält selbst oder im Auftrag Dritter Aktien an der HeidelbergCement-Tochter Hanson Israel. Diese betreibt im Westjordanland einen Steinbruch, zwei Betonwerke sowie ein Asphaltwerk.

TTIP – Kein Recht auf Profit

Auf der Demonstration „Demokratie statt Konzernmacht – Nein zu TTIP/CETA/TISA“ während des Katholikentags in Leipzig sagte Martin Herndlhofer von der Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“ bei seiner Rede am 8. Juni, es sei indiskutabel, dass private Konzerne ein Recht auf entgangene Profite einklagen könnten. Es gebe ein Menschenrecht auf Gesundheit, Bildung, eine intakte Umwelt oder ausreichende Mittel für den Lebensunterhalt, aber kein Menschenrecht auf Profit.

Tag der Friedensbildung statt der Bundeswehr

Anlässlich des „Tages der Bundeswehr“ forderte die Kommission Friedensbildung am 10. Juni ein Aussetzen der Werbung für die Bundeswehr, eine aufgestockte öffentliche Förderung der Friedensbildung und die Einrichtung eines „Tages der Friedensbildung“. Auch die Kommission Friedenspolitik kritisierte den „volksfestartigen Versuch an 16 Standorten, Jugendliche für den Kriegsdienst zu begeistern und erinnerte daran, dass die Bundeswehr derzeit an 16 grundgesetzlich und völkerrechtlich fragwürdigen Auslandseinsätzen beteiligt ist.

Schäubles Rüstungsexportforderung unverantwortlich

Scharfe Kritik an Bundesfinanzminister Schäuble übte die Kommission Rüstungsexport am 5. Juli. Schäuble hatte die Lockerung der deutschen Rüstungsexportrichtlinien gefordert. Allein im Jahr 2015 verdoppelte sich die Ausfuhr deutscher Rüstungsgüter. „Eine solche Politik ist unverantwortlich und trägt direkt zu einer weiteren Verschärfung der Flüchtlingsprobleme bei.“

Beitritt zur „Kampagne Stopp Ramstein: Kein Drohnenkrieg!“

Die Kommission Friedenspolitik entschied am 4. Juli, in der Kampagne „Stopp Ramstein“ mitzuarbeiten und ihr beizutreten unter der Bedingung, dass durch sie keine nationalistischen Positionen vertreten werden.

Menschenrechtsarbeit in Israel gefährdet

Die Nahostkommission forderte am 7. Juli Politiker/innen in Deutschland und der EU auf, sich gegenüber der israelischen Regierung für den Schutz israelischer Menschenrechtsorganisationen einzusetzen. In der Knesset diskutierte Gesetze zielten darauf ab, Menschenrechtsorganisationen zu diskreditieren und zu behindern. Zivilgesellschaftliches Engagement, das auch kritisch gegenüber der Regierung sei, sei eine Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft.

Meldungen aus den Diözesanverbänden

Markus Weber

Aachen

Aachener Friedenslauf

Unter dem Motto „Gemeinsam für Vielfalt und Miteinander“ fand am 1. Juli zum 15. Mal der Aachener Friedenslauf statt. Ein paar Zahlen zur Erfolgsgeschichte: Mehr als 40.000 Läufer/innen aus über 70 Schulen nahmen bislang teil, etwa 700 friedenspädagogische Bildungsangebote wurden gemacht, mehr als 200.000 Runden gelaufen sowie über 400.000 Sponsorengelder für zahlreiche Trainings zur Gewaltprävention, für den Zivilen Friedensdienst und für Freiwilligendienste erlaufen.

Augsburg

pax christi als kritischer Aktionär

Renk ist Weltmarktführer bei Getrieben für Kettenfahrzeuge, wie für den deutschen Kampfpanzer Leopard und den



Foto: pax christi Essen

pax christi-Mitglieder bei der Bochumer Menschenkette gegen Rassismus

deutschen Schützenpanzer Puma, den israelischen Kampfpanzer Merkava IV oder für den in der Türkei produzierten Panzer Altay. Auf der Renk-Hauptversammlung forderte Friedensreferent Christian Artner-Schedler in einem Gegenantrag vor rund 200 Aktionär/innen aufgrund der Rüstungsgüterproduktion die Nichtentlastung der Vorstandsmitglieder. Der Gegenantrag wurde mit über 99 Prozent der Stimmen abgelehnt, doch das Thema war gesetzt und löste Diskussionen aus.

Essen

Französischer pax christi-Bischof zu Gast in Bochum

Marc Stenger, Bischof der französischen pax christi-Sektion, war zu Gast in der Bochumer Heimkehrer-Dankeskirche, wo er die neugestaltete Franz-Stock-Kapelle einweihte. Dort besichtigte er auch die Ausstellung „Frieden(s)gestalten zwischen Niederrhein, Ruhr und Sauerland“ sowie die pax christi-Kirche in Essen-Steele.

Freiburg

Menschenrechtlerinnen aus Israel zu Gast

Am 3. und 4. Juli waren Danya Cohen von der israelischen Nichtregierungsorganisation B'Tselem und Manal Hassan von der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Al Haq in der Erzdiözese Freiburg zu Gast. Sie berichteten bei Veranstaltungen in Waldkirch und Karlsruhe sowie in einem persönlichen Gespräch mit Weihbischof Michael Gerber über die eskalierende Gewalt im vom Israel besetzten Westjordanland und über ihr Bemühen, Hauszerstörungen, Enteignungen und willkürliche Verhaftungen sowie fahrlässige Erschießungen seitens der israelischen Administration bzw. des israelischen Militärs zu dokumentieren, zu veröffentlichen und zur Anklage zu bringen. „Die Besatzung dauert an, weil es keine Konsequenzen gibt“, sind sich die beiden Aktivistinnen einig.

Limburg

Aktion gegen Kleinwaffenexporte konfrontiert Gabriel

Zu einem Austausch der unterschiedlichen Blickwinkel

zwischen Wirtschaftsminister Gabriel und Rüstungsexportgegner/innen kam es bei einer Kundgebung der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ während des Katholikentags in Leipzig. In blutroten Gewändern und mit Luftballons, die eine verknottete Pistole zeigen, bereiteten die Aktiven aus dem Rhein-Main-Bündnis Sigmar Gabriel einen politischen Empfang. Und: Der Bundeswirtschaftsminister, der auf dem Podium „Halbzeit bei der Energiewende“ Umweltfragen diskutieren wollte, ließ sich auf den gut gelaunten Empfang ein und suchte das Gespräch. Dass unterschiedliche Einschätzungen zu den Lieferungen beispielsweise nach Ägypten und Algerien bestanden, fordert pax christi nur heraus, dran zu bleiben und weiter die eigene Sichtweise und Argumente in die Diskussion einzubringen.

München

Stellungnahme zu Kampfdrohnen

Nach langem Drängen legte das Landeskomitee der Katholiken in Bayern am 2. Mai unter dem Titel „Dem Frieden dienen“ eine Stellungnahme zu Kampfdrohnen vor. Darin heißt es unter anderem: „Deshalb hat sich auch das Landeskomitee der Katholiken in Bayern auf Antrag von „pax christi“ sehr sorgfältig unter anderem mit dem Einsatz von so genannten Kampfdrohnen beschäftigt.“ Und weiter: „Gleichwohl lässt sich bereits jetzt absehen, dass der Einsatz sogenannter Kampfdrohnen auf erhebliche ethische Bedenken stößt; nicht zuletzt deshalb, weil die Hemmschwelle der Verwendung durch bloßen Materialeinsatz gesenkt wird.“ Antworten aus der Politik auf diese Erklärung sind auf der Internetseite von pax christi München dokumentiert.

Mainz

Neuer Vorstand und neue Aufgaben

Auf ihrer Mitgliederversammlung wählte pax christi Mainz am 21. Mai einen neuen Vorstand. Dem gehören nun an: Hiltrud Barth (Vorsitzende), Josef Kolbeck (Geschäftsführer), Rüdiger Bienstadt, Susanne Margraf-Epe, Alois Bauer, Norbert Rauschmayr. Der Platz des Geistlichen Beirates wurde nicht besetzt. Aus dem Vorstand verabschiedet wurden Marie-Luise Buchwald, die dort seit 1982 Mitglied war, sowie der Geistliche Beirat Kurt Sohns, der sein Amt seit 1978 ausübte.

Münster

Neuer Friedensreferent in Münster

Daniel Kim Hügel (33 Jahre alt) ist seit April der neue Friedensreferent von pax christi Münster. Er war zuletzt Referent für Kampagnen-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in den Bereichen Arbeits- und Menschenrechte, Ethischer Konsum und Nachhaltige Kirchliche Beschaffung bei der Christlichen Initiative Romero in Münster tätig. Ein besonderes Anliegen ist ihm, auch Jugendliche und junge Erwachsene wieder



Foto: pax christi Trier

pax christi Trier unterstützt die Kampagne „Krieg beginnt hier“.

verstärkt von Werten wie Frieden, Gerechtigkeit, Menschenrechte und Gewaltfreiheit zu überzeugen und aufzuzeigen, dass sich das eigene Engagement für diese Werte lohnt.

Rottenburg-Stuttgart

Richard Bösch folgt auf Stefan Schneider

Richard Bösch ist neuer Geschäftsführer und Bildungsreferent des pax christi-Diözesanverbands und somit Nachfolger von Stefan Schneider, der diese Aufgabe viele Jahre lang in Teilzeit übernommen hatte und sich nun aus familiären Gründen auf seine Aufgabe als diözesaner Umweltbeauftragter konzentrieren wird. Richard Bösch ist Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt internationale Beziehungen und Friedens- und Konfliktforschung. Die letzten vier Jahre war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg. Besonderer Schwerpunkt seiner Arbeit bei pax christi wird das Thema Friedensbildung sein.

Trier

Bildstock in Büchel mitgebaut

Auf Initiative von pax christi-Mitglied Thomas Gerhards wurde vom 14.–16. Juni 2016 auf der Friedenswiese nahe Büchel ein christlicher Bildstock mit einem Andachtsbild errichtet. Er entstand auf Initiative des Versöhnungsbundes der Regionalgruppe Cochem-Zell in Zusammenarbeit mit pax christi Trier und zeigt auf einer gravierten Schiefertafel das Bild „Christus zerbricht das Gewehr“. Otto Pankok schuf es 1950 als Protest gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands. Für die christlichen Kirchen sind „Atomwaffen ein Verbrechen an Gott und der Menschheit“. Der Bildstock soll diese Botschaft allen Menschen, die dort vorbeikommen, als dauerhafte Mahnung mitgeben, denn bei Büchel lagern die letzten Atomwaffen Deutschlands. In einer feierlichen Andacht wurde der Bildstock am 18. Juni ökumenisch eingeweiht.



Fotos: Martin Pilgram

Visionen vom gerechten Frieden

Kevin Dowling

„Es ist eine Art dritter Weltkrieg, der stückweise geführt wird, und im Bereich der globalen Kommunikation nimmt man ein Klima des Krieges wahr.“ Papst Franziskus im November 2015 in Sarajewo

Was kann die katholische Kirche angesichts dieser Herausforderung beitragen? Ein Beispiel dafür stammt von den Philippinen aus den 80er Jahren. Der Diktator Ferdinand Marcos brachte viel Leid über die Bevölkerung. Rebellen, die neue Armee des Volkes, versuchte Marcos' korruptes und repressives Regime gewaltsam zu stürzen. Die Kirchenleitungen aber bestanden auf unbewaffnetem Widerstand. Ihre Worte waren mit Aktionen verbunden. Zunächst veranstaltete die ökumenische Organisation „International Fellowship of Reconciliation“ dutzende Workshops zu gewaltfreiem Handeln, quer über die Philippinen verteilt. Nach dem Besuch eines Workshops beteiligte Kardinal Jaime Sin, der höchste katholische Repräsentant des Landes, sich an den Aufrufen zum „gewaltfreien Kampf für Gerechtigkeit“. Diese Trainings ebneten, verbunden mit der Wahlbeobachtung, durch Normen und Märsche den Weg für eine große Bewegung, die „People Power“, die Marcos daran hinderte, die Präsidentschaftswahlen zu steuern. Mehr als eine Million Philippinos forderten – unterstützt von der Armee, die sich weigerte, auf die gewaltlos Protestierenden zu schießen – die Gewalt durch gewaltfreie Mittel heraus und gewannen.

Dies ist eine wahre Geschichte unter vielen, die eine Konferenz inspirierte, die Pax Christi International im April 2016 ge-

meinsam mit dem Päpstlichen Rat für Justitia et Pax organisierte. Die Konferenz lenkte den Blick auf die Rolle der Kirche bei der Förderung von Konzepten aktiver Gewaltfreiheit und gerechtem Frieden als Gegenmodell zu Gewalt und Krieg.

Die Vorstellung von gerechtem Krieg hat über Jahrhunderte die Versuche der katholischen Kirche geprägt, gerechtfertigte von nicht gerechtfertigten zu unterscheiden. In Rom haben wir unseren Standpunkt klar gemacht, dass kein Krieg zu rechtfertigen ist, vor allem nicht angesichts der Gewalttätigkeit aller modernen Kriege.

Wir sind nicht naiv gegenüber der großen Herausforderung, die ein solcher Paradigmenwechsel bedeutet. Auch wir wollen, dass bedrohte Gruppen und Bevölkerungen vor Gewalt geschützt und Aggressoren gestoppt werden. Die Frage ist: Wie werden sie gestoppt? Wie Papst Franziskus sagte: Wir dürfen nicht glauben der einzige Weg dazu seien Bomben. Es gibt Wege jenseits militärischer Interventionen und Luftangriffe um gewalttätige Kräfte wie den Islamischen Staat, Boko Haram in Nigeria und Al Shabab in Kenia entgegenzutreten und sie zu schwächen.

Die Kirche muss Ressourcen für die Entwicklung kreativer neuer Wege bereitstellen, damit die Vision vom gerechten Frieden und aktiver Gewaltfreiheit eine Chance erhält, Kriege zu verhindern, sie einzugrenzen, wo sie bereits begonnen haben, und die grausamen Folgen von Krieg und Gewalt durch Heilung zu überwinden sowie das Leiden aller Kinder zu beenden, die in jedem Krieg die größten Verlierer sind.

Kevin Dowling ist Co-Präsident von Pax Christi International.

Fremde Welten – Neue Heimat



Sie sind 19 – 25 Jahre alt?
Dann bewerben Sie sich
bei pax christi für ein
„Jahr für den Frieden“!

„Aus anfänglicher Verwirrung und Unsicherheit wurde ein Stück Heimat; mit jedem Tag wurde das Zimmer in dem ich schlief mehr zu meinem Zimmer, die Mitarbeiter im Büro meine Kollegen und Kiew ‚meine‘ Stadt.“

Elena Rother, war 2013/14 in Kiew

Auch in diesem Sommer entsendet pax christi insgesamt 15 junge Erwachsene zum Freiwilligen Friedensdienst nach Polen, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Kosovo, Palästina, Ecuador und in die Ukraine. pax christi Aachen bietet einen Platz für eine Bewerbung aus Bosnien-Herzegowina an.

Die pax christi-Einsatzstellen sind Projekte der Friedens- und Versöhnungsarbeit. Dort lässt sich erfahren, was Erwachsene und Kinder brauchen, um Gewalt- und Kriegserfahrung zu verarbeiten. Das freiwillige Jahr für den Frieden im Ausland ist zugleich ein Jahr interkulturellen Lernens und der Begegnung mit den Lebensbedingungen anderer Länder.



Informationen zur Bewerbung finden Sie direkt mit dem QR-Code oder im Internet unter paxchristi.de